

# **Pako-Rede zum Gedenken an die rassistischen Morde in Hanau im Februar 2020**

19.02.25

Heute ist der 5. Jahrestag des brutalen rassistischen Anschlags in Hanau – wir trauern um die Opfer und erinnern uns gemeinsam mit Angehörigen und Freund:innen daran. Für die Angehörigen waren diese 5 Jahre eine Zeit des harten Kampfes um Aufklärung und darum, dass die Verantwortlichen für das völlige Versagen von Polizei und Behörden und damit für die so große Zahl an Opfern zur Verantwortung gezogen werden. Dieser Kampf muss weitergehen. Denn trotz klaren Angaben von Überlebenden sowie aussagekräftigen Recherchen, die das Versagen der Polizei belegen, gibt es bisher keine Aufarbeitung und niemand wurde zur Verantwortung gezogen. Selbst den Untersuchungsausschuss, der angesichts von 9 Toten und einem so offensichtlichen Behördenversagen eine Selbstverständlichkeit sein sollte, mussten die Angehörigen mit öffentlichem Druck erkämpfen. Eine versprochene Verschärfung des Waffenrechts blieb ebenfalls aus.

Der Umgang mit dem Anschlag von Hanau ist nur ein Beispiel für den tiefsitzenden Rassismus bei den politisch Verantwortlichen in dieser Gesellschaft. Das wird gerade jetzt sichtbar im rassistisch geführten Wahlkampf der etablierten Parteien von AFD, über CDU, SPD, FDP, Grüne bis BSW. Nicht die zahlreichen sozialen Probleme wie Entlassungen bei VW und anderswo, steigende Mieten, Inflation, Klimakatastrophe, Kriege in der Ukraine, in Kurdistan, Kongo und Sudan oder der Genozid in Palästina sind die Themen dieser Parteien. Vielmehr reden diese Politiker:innen von angeblicher Belastung durch Migration. Während die Zahl rechter Gewalttaten schon seit mehreren Jahren steil in die Höhe schießt, die betroffenen migrantischen Opfer ständig mehr werden und die rassistische Diskriminierung im Alltag massiv zunimmt, zerschlägt Friedrich Merz von der CDU mit Hilfe der rechtsradikalen AFD das Recht auf Asyl. Und Innenministerin Faeser (SPD) faselt von Sicherheit durch „Null Toleranz gegenüber Straftätern, besonders bei Asylsuchenden“.

Die Antisemitismuskussion wird von CDU und regierenden Parteien auf den Kopf gestellt. Die antisemitische, rassistische Rechte von AFD & Co., die die nazistische deutsche Vergangenheit verschleiern will, wird entlastet. Es seien Migrant:innen, deren Antisemitis-

mus bekämpft werden müsse, behaupten CDU, SPD, Grüne, FDP und AFD im Chor. Gleichzeitig treffen die deutschen Polizeiknüppel auf deutschen Straßen Migrant:innen und jüdische Oppositionelle gegen die ultrarechte Netanjahu-Regierung bei den Demonstrationen gegen den Genozid in Gaza immer öfter. Antisemitismusbekämpfung bedeutet in Deutschland Schutz des israelischen rassistischen Regimes und Verfolgung seiner Kritiker:innen durch Polizei, Demonstrations-, Rede- und Organisationsverbote wie gegen die Duisburger Palästinasolidarität u.a.

Genau diese Wahlkämpfer:innen, die das vergiftete rassistische Klima schaffen, sind verantwortlich für die Fluchtursachen. Sie bewaffnen die türkische Regierung, die in Kurdistan Krieg führt. Und sie unterstützen massiv den Staates Israel, der ohne diese Hilfe den genozidalen Krieg in Gaza und seine zerstörerischen Angriffe auf den Libanon und Syrien gar nicht führen könnte. Dabei steigen die Profite der Rüstungskonzerne wie Rheinmetall, Elbit & Co kräftig an.

Die ultrarechte türkische und israelische Regierung sowie andere Unterdrücker-Regime können sich auf die deutschen bürgerlichen Parteien verlassen. Polizeimaßnahmen gegen Migrant:innen und Linke, Berufsverbote bis zum Ausschluss von der Ausbildung an Universitäten wegen Teilnahme an palästinasolidarischen Aktionen gehören zum Alltag der gegenwärtigen Regierungspolitik. Anstatt die türkischen und israelischen Kriegsverbrecher:innen in Kurdistan und Palästina zu verfolgen wie es die Menschenrechtsjustiz des internationalen Gerichtshofs von den Regierungen fordert, nehmen bürgerlichen Medien von Springerpresse bis Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten zusammen mit den rechten Kräften von AFD und CDU die Palästinasolidarität unter Beschuss. In Stuttgart soll beispielsweise unser Palästinakomitee per Diffamierung und Druck auf den Dachverband der Migrant:innenvereine Forum der Kulturen aus der Öffentlichkeit der Stadt gedrängt werden. Menschenrechte sind diesen Medienvertreter:innen egal, die Springerpresse bereichert sich z. B. nachweisbar am völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungsbau in der Westbank. Wer den verbrecherischen Charakter des Krieges im Gazastreifen belegt und benennt, hat Redeverbot an deutschen Unis. Dies gilt selbst für die UN-Sonderberichterstatterin für die Menschenrechte in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten und Völkerrechtswissenschaftlerin Francesca Albanese. Sowohl die FU Berlin als auch die Uni München haben vor kurzem Vorträge mit ihr und übrigens auch mit dem jüdisch-israelischen Architekten Eyal Weizman (Forensic Architecture) durch ihr Veto blockiert. Erst vor ein paar Tagen erlebten die Genoss:innen von Young Struggle, wie die

französische Polizei in Paris nur ganz zögerlich einschritt, als Young Struggle von einer großen Gruppe bekannter französischer Faschisten mit Messern angegriffen wurden. Ein Genosse musste wegen seiner Verletzungen ins Krankenhaus. Und erst vor wenigen Tagen durchsuchte die Polizei das Nürnberger kurdische Volkshaus, beschädigte die Tür und beschlagnahmte wichtige Ausstattung. Es fällt auf, dass dies kurz nach einem Besuch des türkischen Außenministers bei der deutschen Amtskollegin geschieht – eine deutsche Unterstützung für den aktuellen Aggressionskrieg der Erdoganregierung gegen Südkurdistan und gegen die politischen Kräfte dort, die dafür sorgten, dass der IS besiegt werden konnte.

Wir kennen die altbekannten rassistischen Manöver der Herrschenden, mit denen sie die Unterdrückten und die Arbeiterklasse spalten und ihre immer brutalere Klassenherrschaft durchsetzen wollen.

Und wir lassen uns nicht einschüchtern von dieser immer härteren Repression und Einschränkung demokratischer Rechte, wir kämpfen und leisten Widerstand. Und wir nehmen uns dabei ein Beispiel an den Verwandten und Freund:innen der Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau. Wir solidarisieren uns im Widerstand gegen Rassismus und Repression.